

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Köln
Piratengruppe

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Köln
Piratengruppe

An die Vorsitzende des Rates der Stadt Köln
Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Rat
04.04.2017
Zu 10.27
Tischvorlage

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 04.04.2017

AN/0554/2017

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	04.04.2017

Änderungsantrag zu TOP 10.27
Weiterführung des Projekts "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung" und Anpassung der benötigten Stellenressourcen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
die Antragsteller bitten Sie, folgenden Änderungsantrag zu TOP 10.27 auf die Tagesordnung des Rates am 04.04.2017 aufzunehmen:

Beschluss:

Die Antragsteller begrüßen die Fortführung des Projektes "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung". Allerdings birgt die geplante Befristung des Projektes und der benötigten Stellen sowohl für Patienten wie auch für Arbeitnehmer erhebliche Nachteile, die aus Sicht der Antragsteller nicht hinnehmbar sind.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung soll deshalb wie folgt neugefasst werden:

Der Rat beschließt, das bis zum 31.05.2017 vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (MGEPA) geförderte Projekt "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen

einer psychischen Störung" (Modul 1) unbefristet fortzuführen. Die Verwaltung wird beauftragt eine Finanzierung über das Jahr 2017 hinaus im Rahmen der Haushaltsplan-Aufstellungen 2018 ff sicherzustellen.

Es handelt sich dabei um folgende Stellen:

Entfristungen:

1,0 Stelle Facharzt/-ärztin E 15, Fg. 1 TVöD G

1,0 Stelle Sozialarbeiter/in/-pädagog/e/in S 12 TVöD S

1,5 Stellen Verwaltungsbeschäftigte/r E 5, Fg. 1 TVöD VKA

Neubewertung und Entfristung:

1,0 Stelle Facharzt/-ärztin E 15, Fg. 1 TVöD G in 1,0 Stelle Sozialarbeiter/in/-pädagog/e/in S 12 TVöD S

Der Mehrbedarf im Haushaltsjahr 2017 in Höhe von rd. 215.600 € wird finanziert durch Einsparungen innerhalb desselben Teilergebnisplans 0701 - Gesundheitsdienste-, Teilplanzeile 15 -Transferaufwendungen- bei der noch nicht umgesetzten Maßnahme „Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum um den Neumarkt“.

Begründung:

Die Antragsteller sehen das Projekt „Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung“ als wichtigen und unverzichtbaren Baustein im Angebot der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratung des Kölner Gesundheitsamtes. Kinder und Jugendliche, die sonst nur schwer den Weg zu einer Beratung finden, können durch den niederschweligen aufsuchenden Ansatz der Beratungsstelle früh angesprochen und ggf. therapeutisch begleitet werden. Die Antragsteller sprechen sich deshalb vehement für die dauerhafte Überführung des Projektes in den Aufgabenbestand des Gesundheitsamtes aus.

Allerdings sieht die Beschlussvorlage vor, das Projekt lediglich befristet bis zum 31.12.2017 weiterzuführen und die notwendigen Stellen nur befristet zu verlängern.

Dies ist aus mehreren Gründen unbefriedigend:

1. für die betroffenen Menschen selbst, da Kinder- und jugendpsychiatrischer Bedarf frühzeitig erkannt werden sollte, um so schnell wie möglich darauf reagieren zu können. Dies gelingt nur, wenn die Ansprechpartner die betroffenen Menschen auch langfristig begleiten können.
2. für alle weiterführenden Schulen, weil der Beratungsbedarf der dort tätigen pädagogischen Fachkräfte gerade im inklusiven Unterricht wächst. Auch hier braucht es langfristige Perspektiven.
3. aus Arbeitnehmersicht, denn befristete Arbeitsverhältnisse nehmen Menschen Perspektiven für ihre Lebensplanung, führend zu nachhaltiger Verunsicherung der Menschen und werden Seitens der Arbeitnehmer als Zeichen mangelnder Wertschätzung und fehlenden Respektes wahrgenommen.

Zudem erschwert es die Personalgewinnung, wenn Stellenangebote mit für

Arbeitnehmer unattraktiven Befristungen belastet werden. Es ist zweifelhaft, auf diesem Wege die bestqualifizierten Bewerber tatsächlich anzusprechen.

Ebenso ist es aus Sicht der jungen Patienten problematisch, wenn Bezugspersonen, zu denen ein Vertrauensverhältnis aufgebaut wurde, die Arbeitsstelle gezwungenermaßen wechseln.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE

gez. Thomas Hegenbarth
Sprecher Piratengruppe im Rat der Stadt Köln